

Vossische Zeitung



Zeitung

Begründet

1704.

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Beilagen und Seiten-Rubriken: Grundrüttels-, Hypotheken- und Geldverkehr (täglich), Sport-Nachrichten (Montags früh), Literarische Umschau, Für Reise und Wanderung, Gross-Berlin, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Aus der Frauenwelt. Man abonniert für auswärts bei allen Postanstalten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns etc. Post-Zustellungspreis 8. 250, für Gross-Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren sowie in der Haupt-Expedition und in den nebststehend aufgeführten Filialen.

Bezugspreis: für Gross-Berlin durch die Zeitungs-Spediteure monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung, durch die Post monatlich 2 M. 50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausserhalb Bestellsgebietes. Anzeigenpreis pro Zeile: Für die Morgenausgabe 50 Pf. (Stellensuche sowie amtliche Anzeigen staatlicher oder städtischer Behörden 40 Pf.), Montagsausgabe und „Für Reise und Wanderung“ 60 Pf., Abendausgabe 70 Pf. im übrigen Berechnung nach Schriftarten laut Tarif. — Haupt-Expedition: C. 2. Breite Str. 8/9. Filial-Expeditionen: W. 9. Potsdamerstr. 184 a. W. 60. Tauentzienstr. 7, W. 62. Lutherstr. 21, S. 14. Neue Köpenickerstr. 18, O. 27. Holzmarktstr. 13.

Telephon-Anschlüsse: (Telephon-Zentrale im Hause) Amt Zentrum 1855, 1543, 7482, 7590, für Ferngespräche Amt Zentrum 10 640, 10 641.

Im Verlage Vossischer Erben.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Straße 8/9, Berlin C.

Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Landstättl.) Hermann Bachmann in Berlin.

Das Problem der inneren Kolonisation.

Von H. Hoff, Mitglied des Reichstags und des Abgeordnetenhauses.

Die Vorkriegsdebatten haben ein Gutes gehabt: Sie haben den Blick der Öffentlichkeit auf ein Problem gelenkt, das für die Zukunft des preussischen Staates und des Deutschen Reiches, für die Erhaltung des Deutschen Reichs im deutschen Osten, sowie für die Ernährung, Gesundheitshaltung und Wehrkraft des deutschen Volkes von entscheidender Bedeutung ist. Die Besiedelung des deutschen Ostens, die Zurückdrängung des Großgrundbesitzes und Schaffung von Bauerngütern in weitestem Umfange ist die Lösung des Tages! Der Reichstagler hat eine Erhöhung der Tätigkeit der bestehenden Ansiedelungsgesellschaften in den preussischen Ostprovinzen in weitestem Umfange in Aussicht gestellt. 10 Millionen sind bekanntlich zur Uebernahme von Stammanteilen bei gemeinnützigen Siedelungsgesellschaften in den preussischen Ostprovinzen in Aussicht gestellt. Ferner wurde vom Reichstagler in Aussicht gestellt, daß auch Domänen in erheblichem Umfange für die Zwecke der inneren Kolonisation zur Verfügung gestellt werden sollten. Der Landwirtschaftsminister isten allerdings in diesem Punkte anderer Ansicht zu sein. Er sagte am 28. November 1912 im Reichstag, daß die preussische landwirtschaftliche Verwaltung seines Erachtens alles getan habe, „um so weit wie möglich die Domänen in den Dienst der inneren Kolonisation zu stellen.“ Herr v. Schorlemer scheint auf diesem Gebiete anderer Ansicht zu sein. Schlechte Aussichten für die Zukunft.

Abgesehen von den Ansiedelungsprovinzen Posen und Westpreußen, wo seit 1886 aus nationalen Gründen kolonisiert wird, ist bisher in Preußen und speziell in den Güterdistrikten des Ostens so gut wie nichts geschehen. Überall außerhalb der Ansiedelungsprovinzen ist bisher überhaupt nicht mehr als ein kleiner Anfang mit der inneren Kolonisation des Ostens gemacht worden. So äußerte sich Prof. Sering in seinem Vortrage im Landesökonomikerkollegium am 9. Februar 1912. Nach ihm wurden in ganz Preußen bisher jährlich nur 1300 bis 1600 Rentenstücke mit 13000 bis 16000 Hekt. Land geschaffen, in dem für dies Problem in erster Linie in Betracht kommenden Güterdistrikten des Ostens gar nur 900 bis 1000 mit 10000 Hekt. Fläche. Ritter bemerkt Sering dazu: „Was will die Besiedelung von 10000 Hekt. im Jahre bedingen, wenn gleichzeitig alljährlich in Preußen 26000 bis 48000 Hekt. zu Ackerkommissionen gemacht und dadurch dem freien Verkehr dauernd entzogen werden.“ Wenn nicht ganz anders Dampf dahinter gemacht wird, werden wir über Spielereien nicht hinauskommen. Ob Herr v. Schorlemer mit seiner ruhigen Behauptung auf diesem Gebiete der rechte Mann dazu sein wird, könnte zweifelhaft erscheinen.

Das Problem der inneren Kolonisation schließt im wesentlichen vier Teilfragen in sich: die Geldfrage, die Organisationsfrage, die Frage der Heranziehung des für die Kolonisation geeigneten Menschennmaterials und endlich die Frage der Gestaltung unserer allgemeinen Wirtschaftspolitik, die die innere Kolonisation entscheidend beeinflusst. — Geld muß zunächst da sein. Es handelt sich im wesentlichen um verzinshafte Kredite, nicht um Barkauschüsse. Welche Summen hier erforderlich sind, zeigt die Erfahrung in den Ansiedelungsgebieten. Hier wurden seit 1886 nacheinander Kredite von 100, 250, 100, 200, 50 und 100 Millionen, im ganzen also 800 Millionen, darunter für reine Besiedelungszwecke 475 Millionen zur Verfügung gestellt. Damit wurden bis 1911 19 670 Ansiedelungstellen mit ca. 280 000 Hekt. geschaffen. Gegenüber diesen Summen nehmen sich die erdachten 10 Millionen nicht gerade imponierend aus. Sie bilden kaum einen Tropfen auf einen heißen Stein. In England sollen nicht weniger als 2000 Millionen M. aufgebracht werden, um Irland wieder in Bauernland zu verwandeln.

Wichtig, vielleicht entscheidend, ist auch die Frage der Organisation der Siedelungsgesellschaften, welche das höchste Wert in die Hand nehmen sollten. Bis jetzt bestehen drei solche Gesellschaften: die Kommunitäre Landgesellschaft zu Steintz seit 1903, die Ostpreussische Landgesellschaft zu Königsberg, die Gesellschaft „Eigene Scholle“ zu Frankfurt a. O. Ihnen sollen die 10 Millionen zugeteilt werden. Es sind halböffentliche Körperschaften, denen außer einzelnen Privatpersonen die öffentlichen Körperschaften der Provinzen: Provinzialverband, Landwirtschaftskammern und Landkreise angehören. Gerade die letzte Aufgabe gibt zu lebhaften Bedenken Veranlassung, die u. a. auch in England hervorgerufen sind. Die genannten Körperschaften werden in den in Frage kommenden östlichen Provinzen ausschließlich vom Großgrundbesitz beherrscht, dessen grundsätzliche Gegnerschaft gegen das „liberalisierende“ Verfahren der inneren Kolonisation selbst Herr v. Wangenheim offen zugegeben hat. Der Großgrundbesitz soll sich also selber entziehen, jedenfalls stark zurückdrängen. Eigentümlich ist das ein höheres Ziel verlangt, auch nicht einmal übermäßig human gedacht. Das hat auch der beste Sachkenner auf diesem Gebiet, Herr Dr. Wach, in seiner Broschüre „Die Zukunft der inneren Kolonisation im östlichen Deutschland, besonders in Pommern“ klar und bestimmt betont, selber bis jetzt ohne Erfolg. Er weist auch auf den „Widerstreit der Pflichten“ hin, in den die Körperschaften geraten müssen, da die in Frage kommenden Kreise auch als Verkäufer

interessiert sind. Ob an Stelle dieser Gesellschaften rein staatliche Organisationen nach Art der Ansiedelungsgesellschaft oder sonstige Organisationen zu setzen sind, ist eine Frage von besonderer Bedeutung, aber auch von besonderer Schwierigkeit. Das zur Kolonisation geeignete Menschennaterial dürfte, günstige Bebingung vorausgesetzt, auch heute noch vorhanden sein. Der Handlung ist groß! Eine große historische, vielleicht gar nicht wieder gutzumachende Schuld hat hier die konservative Partei, die politische Organisation des ostelbischen Großgrundbesitzes auf sich geladen, die vor ca. 20 Jahren Herr v. Mikul bewanlagte, seinen Plan, 100 Millionen für die Zwecke der inneren Kolonisation auszugeben, aufzugeben.

Entscheidend für das Gelingen des ganzen Werkes aber ist die Richtung, die unsere allgemeine Wirtschaftspolitik einschlagen wird. Innere Kolonisation und einseitige wirtschaftliche Begünstigung des Großgrundbesitzes sind Dinge, die sich gegenseitig ausschließen. Worauf es ankommt, das ist, günstige Bedingungen für den Viehwirtschaftsbetrieb, ländlichen Mittel- und Kleinbetrieb zu schaffen. Dazu aber ist erforderlich: Befreiung der Futtermittelgüter, Bekämpfung der Einfuhrzölle auf diese Kornart, Abbau der Kornzölle. Ohne diese Maßnahmen bleibt alles vergebliches Viehesuchen! Man kann nicht gleichzeitig den Großgrundbesitz fördern und zurückdrängen. Ein Pferd vor, ein Hinterrad dem Wagen! Resultat: die Karre steht still! Die infolge der bisherigen Wirtschaftspolitik eingetretene enorme Erigerung der Güterpreise ist das eigentliche Hindernis einer gefunden, existenzfähigen inneren Kolonisation. Solange hier nicht eingegriffen wird, ist Zweifel an dem Ernst der ganzen Aktion nur zu sehr am Platze! — „Die Vorkost hat' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!“

In Erwartung der türkischen Antwort.

Konstantinopel, 21. Januar. Sowohl die Sprache der türkischen Blätter als die Erklärungen jener Mitglieder der Regierung, die mit der Diplomatie in Verbindung stehen, zeigen, daß man eine die Mächte befriedigende Antwort auf das Kollettivnote erwarten darf. Das Finanzministerium hofft, die Gehälter der Beamten bis Donnerstag auszahlen zu können, was darauf hindeutet, daß man damit rechnen, durch eine befriedigende Antwort einen Vorstoß von der Ottomantokratie erhalten zu können.

Wien, 21. Januar. Die „N. Fr. Pr.“ läßt sich aus Konstantinopel melden: Der Friede ist gesichert. Der Minister rat hat vorbehaltlich der Befähigung des Sultans beschlossen, grundsätzlich eine der vorliegenden friedlichen Lösungen anzunehmen; die Entscheidung wird am Donnerstag fallen.

Belgrad, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten) Ueber die Konvention der Großen Mächte spricht sich das Regierungsbüro „Samonprava“ dahin aus, daß die Türkei nunmehr vor der Entscheidung stehe, entweder durch Annahme der russischen Europäer Sicherheit für eine friedliche Fortentwicklung zu erlangen oder sich von den fanatisierten Massen in einen Strudel hineinzulassen zu lassen, in dem sie mit großer Wahrscheinlichkeit alle verlieren werde. Für nützliche und besonnene Kritik sollte es angefallen dieser Sache nicht schwer sein, sich zu entscheiden. Unzweifelhaft gebe es auch solche Männer in der Türkei, aber es sei ihnen keineswegs leicht, sich durchzusetzen bei einer irrezugewandten Menge, deren Willkür sich durch die harten Schicksalschläge.

Für alle Fälle hat das serbische Oberkommando jetzt angeordnet, daß alle auf Urlaub befindlichen Offiziere und Soldaten sofort bei ihren Truppenteilen wieder einzurücken haben.

Der Sportreport.

Konstantinopel, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten) Die Nationalversammlung wird morgen tagen, und, wie man annimmt, an einem Tage die Arbeit beenden; mit der beschleunigten Berufung folgt die Sparte dem Rate der Vorkostler bei dem gelagerten Diplomateneintrag. Bemerkenswert ist, daß die Häupter der Religionsgesellschaften, sowie die Senatoren bulgarischer, serbischer und griechischer Abstammung keine Einladung erhielten, dagegen drei hohe Offiziere des Heeres und der Marine und die kaiserlichen Prinzen.

Der Großvezir wird barium, was die Regierung plant, und die Versammlung zur Stellungnahme auffordern. Etwas stimmt diese u. a. Angehörig mit Kamill vorzuschlagen, das Wlalet Adrianopol zwar abzutreten, aber ihm einen besonderen Landtag zu geben und einen vom Sultan ernannten Markt für religiöse und Sanktationsangelegenheiten. Donnerstag würde dann die Antwort auf die Note der Vorkostler erteilt werden.

Die Abgrenzung Albanien.

Wien, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten) Die Vorkostlerbesprechung in London wird sich morgen mit der

Abgrenzung Albanien befassen. Was in den verschiedenen Blättern des Auslandes bisher als österreichisch-ungarischer Abgrenzungsvorschlag bezeichnet worden ist, kann, wie Ihr Korrespondent von unrichtiger Seite erfährt, auf Richtigkeit nicht den geringsten Anspruch machen. Der österreichisch-ungarische Vorschlag, der mit dem italienischen Vorschlag vollständig identisch ist, wird morgen der Vorkostlerkonferenz unterbreitet werden. Einzelheiten des österreichisch-italienischen Vorschlages sind aber noch nicht bekannt geworden. Es läßt sich annehmen, daß in dem Vorschlage gewisse Grundzüge zu vereinigen gesucht werden, die die Annahme des Vorschlages den europäischen Mächten empfehlen. Vor allem soll in den Rahmen des neuen Staatswesens alles hineingepaßt werden, was Albanien ist. Auf die Zugehörigkeit der albanesischen Städte mit ihrem Hinterlande als Ergänzungsterritorium der Bevölkerung der einzelnen Städte ist in dem Vorschlage gebührend Rücksicht genommen. Die größte Schwierigkeit aber wird auf die Verteilung der Gebiete der Grenzen Albanien gelegt werden; ferner soll eine Gewähr dafür geschaffen werden, daß durch die künftige Grenzblutige Grenz zu Konflikten nicht führt, wie sie sich z. B. in den letzten 30 Jahren am Einflusse zwischen Albanien und Montenegro im Jahre ereignet haben und mehrere Tausend Menschenleben kosteten, verhindert werden.

Die Verfilmungen unter den Verbündeten.

Belgrad, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten) Der verböhen Ungebulb, die der schleppende Gang der Friedensverhandlungen hier hervorruft, gibt die „Pravda“ treffenden Ausdruck, indem sie fragt: „Weshalb lassen wir Serben eigentlich unsere Bevollmächtigten und Rednerreferenten so lange in London sitzen und ihre großen Dänen schlafen? Unsere Aufgabe war bereits am 23. November beendet. Unsere Situation gegenüber den Türken ist vollkommen klar. Wir haben keinen Streitpunkt mit der Türkei mehr. Dennoch halten wir seit dem 23. November bis heute ununterbrochen 300 000 Mann unter den Waffen trotz der unglücklichen Witterung und der ungeheuren Kosten. Warum? Weil die Bulgaren Adrianopol und die Griechen ein paar Juchel haben wollen. Gaben aber die Bulgaren und Griechen auch nur einen Finger gerührt, um unsere Stellung an der Adria und in Albanien ein wenig zu verbessern? Und Politisch weiß sehr wohl, daß an dem Tage, wo die Bulgaren und Griechen ihren Zweck erreicht haben werden, sie auch sofort abziehen und uns allein unseren Strauß mit Oesterreich-Ungarn werden aussetzen lassen.“

Die Seeschlacht vor Cenedos.

Keine türkischen Schiffverluste.

Konstantinopel, 21. Januar. Nach Konsularberichten aus den Dardanellen ist es außer Zweifel, daß alle Schiffe der türkischen Flotte in die Dardanellen zurückgekehrt sind. Nach Schilderungen türkischer Blätter und Mitteilungen von Zeugen der Seeschlacht vom 18. d. Mts. lief die türkische Flotte aus den Dardanellen aus, um den griechischen Panzer „Averoff“ in der Bait von Mudras zu überfallen. Er war jedoch bereits auf offener See. Wie es heißt, war die griechische Flotte von dem Auslaufen der türkischen durch einen russischen Warenpanzer benachrichtigt worden. Die türkischen Panzer „Barbarossa“ und „Lorguz Reih“ eröffneten auf eine Entfernung von acht Meilen das Feuer. Ein Geschöß des „Averoff“ traf den „Barbarossa“. Das Geschöß flog in den Speisejahl der Offiziere, wo es explodierte. Eine Anzahl Matrosen und einige Offiziere wurden hierbei getötet oder verletzt. Die Explosion verursachte einen Brand, der jedoch bald gelöscht wurde. Nach der Explosion unterbrach der „Averoff“ auf zwanzig Minuten sein Feuer.

Inzwischen hatte der „Lorguz Reih“ neben dem „Barbarossa“ Auffstellung genommen, und beide Schiffe eröffneten das Feuer auf den „Averoff“, gegen den sie Breitseiten abgaben. Man bemerkte eine große Welle am Hinterteil des „Averoff“, dessen Hauptmast stürzte. Währenddessen griff das Panzerschiff „Messubije“ die griechischen Torpedoboote an, denen es großen Schaden zufügte. Die türkischen Torpedobootsführer gingen sodann zum allgemeinen Angriff über und schlugen die griechischen Torpedoboote in die Flucht. Die türkischen Panzerschiffe kehrten darauf in den Eingang der Dardanellen zurück. Auf türkischer Seite wurden in dem Seescharm vier Offiziere und 28 Matrosen vom Panzerschiff „Barbarossa“ verwundet, außerdem fanden vier Offiziere und 27 Soldaten den Tod. Der Sultan hat den Verbündeten seine Grüße übermittelt und Geschenke überreichen lassen.